

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger.

Es ist täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten bis Vorm. 6 Uhr des Ausgabestages. Bezugspreis monatlich 9 Mk., im voraus zahlbar, durch die Post bezogen monatlich 9 Mk. Einzelne Nr. 40 Pfg. Sonntags-Nr. 50 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 1.50 Mk., Reklamzeile 88 mm breit 4 Mark, die dreigeheilte Zeile im amtlichen Teile 3.00 Mk. Hinweise auf Anzeigen und Einzelanträge 1 Zeile 50 Pfg. Nachschreibungsgebühr 50 Pfg. Begründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4436.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Ortspfaffen der Landesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Reimse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Anzeigenannahmestelle Vorm. 9 Uhr am Ausgabestag Geschäftsstelle in Waldenburg Sachsen, Obergasse 28 Geschäftszeit: Vormittag 7-1, Nachm. 2-5 Uhr. Filialen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Fiedler; in Callenberg bei Herrn Strampfwirter Fiedler; Hermann Richter; in Langenschursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Penzig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Hans Fiedlermann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Richter.

Bankkonto: Vereinsbank zu Cobitz Geschäftsstelle Waldenburg Sa. Gemeindegeldkonto Waldenburg 16.

Nr. 8.

Dienstag, den 10. Januar

1922.

Witterungsbericht aufgenommen am 9. Januar. Mittags 12 Uhr: Barometerstand 761 mm reduziert auf den Meeresspiegel Thermometerstand + 3,5° C. (Morgens 8 Uhr + 1° C. Tiefste Nachttemperatur - 5° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Sauprechs Polymeter 84%. Taupunkt + 0,5° C. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 48 Stunden bis jetzt 7 Uhr: 4,0 mm. Daher Witterungsaussichten für den 10. Januar: Meist bewölkt.

Der oberste Rat wünscht deutsche Vertreter.

Eine Kabinettskammer beschloß die Entsendung einer deutschen Delegation nach Paris. Letztere wird heute Montag abreisen.

Bundesrat Calonder bereist Oberschlesien. Die Kommunisten, die das Attentat auf Stresemann verübten, wurden zu Gefängnis verurteilt. In Leipzig wurde gestern der Parteitag der N. S. P. eröffnet.

Die von Lloyd George vorgeschlagene Wirtschaftskonferenz wurde vom Obersten Rat angenommen.

Zwischen Briand und Lloyd George wurde eine Vereinbarung erzielt. Deutschland wird ein Moratorium gewährt.

Die große Arbeitslosigkeit in England rührt von den deutschen Kohlenlieferungen.

Die englischen Gewerkschaften sind gegen die Revision des Versailler Vertrages.

Der Belagerungszustand wurde über ganz Ägypten ausgedehnt.

Der Abschluß der Abrüstungskonferenz steht bevor.

Amerika will nur an der europäischen Wirtschaftskonferenz teilnehmen, wenn der Reparationsplan revidiert wird.

eines katholischen Zwischenstaates Bayern-Oesterreich wären aus dem Rebel politischer Phantastereien der Erreichbarkeit nahe gerückt.

Dieser Neutralisierungsplan ist die größte Gefahr, die uns Cannes bringen kann. Denn er wäre auch eine starke Versuchung für die Rheinländer und die deutsche Regierung. Schon heute sagen viele, man möge es in Kauf nehmen, die Rheinlande würden doch nie französisch werden und die Zukunft werde einmal doch alles ändern und uns wieder hoch bringen.

Die ungeheuren Gefahren der Entgarmanisierung in den Grenzländern, die man uns entriß, scheint der größte Teil des deutschen Volkes noch nicht begriffen zu haben. Das Rheingebiet will Frankreich als „Freistaat“ unter seinem Protektorat errichtet wissen. Deutsch-Oesterreich wird politisch abgedrängt und gebunden an die kleine Entente. Dazu noch die Neutralisierung der Rheinlande, und der Rest müßte verkrüppeln und verkümmern. Cannes wird so vielleicht für die Gegenwart Deutschland erträglichere Lebensbedingungen bringen, aber der deutschen Zukunft vielleicht den Tod. Das ist die wahre Gefahr von Cannes, alles andere demgegenüber ist fast nebensächlich.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Beim Reichskanzler Dr. Wirth fand am Sonnabend Nachmittag abermals eine Besprechung der Parteiführer statt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das Steuerproblem einer eingehenden Erörterung unterzogen.

In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach am Freitag Abend der Staatsminister a. D. Dr. Hergt. Er übte scharfe Kritik an der Regierung Wirth, und bezeichnete die Tätigkeit Rathenaus in der Reparationsfrage als eine Nebenregierung. Bezüglich der innerpolitischen Lage äußerte er sich eingehend über das Verhältnis der Deutschnationalen Volkspartei zur Deutschen Volkspartei. Er sagte: Die Koalition der Deutschen Volkspartei mit den preussischen Regierungsparteien könne niemals gerechtfertigt werden.

Die beiden Steueraussschüsse des Reichstags sind für morgen Dienstag zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen worden. Es soll zu den Beschlüssen des Plenums der ersten Lesung Stellung genommen werden.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches hat sich im letzten Drittel des Dezember um mehr als 9 Milliarden erhöht; sie beträgt jetzt 246.921 Millionen.

Die deutsche Kriegsschadenskommission wurde am 4. Januar vom lettlandischen Ministerpräsidenten empfangen. Der lettlandische und deutsche Vorkommende hatten bisher nur eine Besprechung über die Geschäftsordnung der Verhandlungen, die offiziellen Sitzungen haben noch nicht begonnen. Laut Mitteilung der deutschen Gesandtschaft in Riga an das lettlandische Außenministerium haben bisher 33 Reichsdeutsche gegen die Enteignung ihres Landbesitzes in Lettland Einspruch erhoben.

Die kommunistischen Revolverhelden, die das Attentat auf den Abg. Stresemann ausübten, als jener zum Parteitag der Deutschen Volkspartei in Lüdenscheid weilte, wurden von der Hagener Strafkammer wie folgt verurteilt: Der 30jährige Eisenarbeiter Gustav Schmid zu acht Monaten, der 47jährige Arbeiter Karl Brinkmann zu zehn Monaten, der 29jährige Schlosser Diamant zu vier Monaten Gefängnis und der 21jährige Wilhelm Brinkmann zu 300 Mark Geldstrafe.

Bundesrat Calonder hat seine Informationsreise durch Oberschlesien begonnen. Zunächst bereiste Dr. Calonder den an Polen fallenden Teil Oberschlesiens. Er begab sich von Ratowitz nach Myslowitz, wo die Myslowitz-Grube und Scharleygrube besichtigt wurde, und weiter nach Bippine.

Am Sonnabend besuchte Calonder von Ratowitz aus das Industriegebiet der Kreise Pies und Myslowitz. Sonntag unternahm er eine Besuchsreise nach Kratau.

Zum amerikanischen Botschafter in Berlin wurde Allan B. Houston ernannt.

Der Papiergeldumlauf der Reichsbank stieg im Jahre 1921 um 41.126 Millionen auf 121.964 Millionen.

Die von Lloyd George vorgebrachte und vom Obersten Rat angenommene Resolution über die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz steht nach Havas die Zusammenarbeit aller interalliierten Mächte sowie Deutschlands und Rußlands vor. An der Konferenz sollen die Premierminister jeder Nation teilnehmen. Die Konferenz soll die Mittel suchen, die geeignet erscheinen, um die Wiederaufnahme des internationalen Handels und die Entwicklung aller Hilfsquellen aller Länder sicherzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine gemeinsame Anstrengung aller härteren Mächte notwendig.

Unter Angebot der bereits einmal als Kaution gestellten 500.000 Mk. hat Herr v. Jagow aus dem Festungsgefängnis Söllnow durch seinen Verteidiger beim preussischen Justizminister einen 14tägigen Urlaub nachgefragt, um sich über sein seit dem Kapp-Putsch beschlagnahmtes Gewerbe, jetzt aber freigegebenes Vermögen mit dessen Pfleger auseinanderzusetzen zu können.

Die Hamburger Reeder sollen beabsichtigen, einen Zusammenschluß aller deutschen Reeder zu einem einzigen großen Verbande herbeizuführen, der dann die reine schwarz-weiß-rote Fahne als Reedereiflagge führen könnte. Es würde damit also neben der amtlichen Handelsflagge mit der schwarz-rot-goldenen Goesch die alte Handelsflagge als Reedereiflagge auf den deutschen Schiffen wehen. Allerdings müßte dann die Unterscheidung der verschiedenen Reedereien von den verschiedenen Farben, die sie führen, wegfallen.

Die beteiligten Reichsressorts haben dem vom Reichsverkehrsminister Gröner unterbreiteten Reichseisenbahnfinanzgesetz zugestimmt. Der Entwurf steht das Ausschneiden der Eisenbahnen aus dem allgemeinen Reichsetat schon zum 1. April vor. Da an diesem Tage der Fehlbetrag der Eisenbahn durch eigene Einnahmen zu regeln ist, so ist mit einer neuen radikalen Erhöhung aller Tarife zum 1. April zu rechnen.

Die Verhandlungen zwischen französischen und polnischen Banken betreffs Beteiligung des französischen Kapitals an der polnisch gewordenen Industrie Oberschlesiens sind noch in der Schwebe. Den Polen sind, wie die „Tägl. Mundschau“ meldet, diesbezüglich auch günstige Angebote von England und Amerika zugegangen, die sie den Franzosen gegenüber ausspielen, um den von der „Banque de Paris“ und „Union Parisienne“ erstrebten überwiegenden Einfluß auf die oberschlesischen Werke nicht zur Tatsache werden zu lassen. Die Polen haben deshalb vor Weihnachten die Errichtung neuer Bankinstitute mit französischem und polnischem Kapital vorgeschlagen, die die Interessen der oberschlesischen Industrie wahrnehmen sollen. Dieser Vorschlag wird in Paris wenig günstig beurteilt und ist auch noch nicht zur Verhandlung gekommen.

Einer der in Deutschland verhafteten spanischen Terroristen, die der Teilnahme an der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigt werden, der Spanier Rin, ist nunmehr freigelassen worden. Die beiden übrigen Verhafteten verbleiben dagegen noch weiter in Haft. Keber ihre Auslieferung ist noch keine Entscheidung getroffen. Der Grund für die Erlassung des Rin ist lediglich der, daß die spanische Regierung nicht in der Lage war, innerhalb der durch den spanisch-deutschen Auslieferungsvertrag vorgeschriebenen Frist das Belastungsmaterial zu übersenden.

Frankreich.

Ueber die Frage des deutschen Kohlenpreises, wie er durch das Abkommen von Spa geregelt wurde, soll sich in

Waldenburg, 9. Januar 1922.

Auf der Konferenz in Cannes wies Lloyd George mit großem Nachdruck darauf hin, daß das Schicksal der Völker Europas besonders im Hinblick auf Rußland unter einander verknüpft sei. Die Wirtschaftslage Rußlands beeinflusse die ganze Welt, besonders die Deutschlands. Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland werde auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands verbessern und davon habe auch Frankreich Vorteil, da es eine Besserung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands herbeiführe. Von der Sowjetregierung müßten in dessen Wertschaften verlangt werden, Hauptbedingung sei die Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden. In einer Konferenz in Genua in den Märztagen sollen die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse weiter erörtert werden.

In dem Vorschlage des englischen Ministerpräsidenten liegt der Versuch, Deutschland zahlungsfähiger zu machen. Der Vorschlag wird nicht von der Sorge um das Wohl des deutschen Volkes diktiert, sondern von dem eigenen Vorteil. Mag sich das deutsche Volk immerhin damit einverstanden erklären, eine weit größere Gefahr liegt in dem Vorschlage Lloyd Georges, das Rheinland zu neutralisieren. In diesem Falle wäre das Land für uns verloren. Da mit würde dem deutschen Volkstörper ein weiteres Glied abgeschnitten, ohne daß es verkrüppeln muß.

England will der sinnlosen Befestigung der Rheinlande ein Ende machen, und die so vergeudeteten Milliarden zur Reparation und zum Wiederaufbau Europas verwenden. Um dem Verlangen Frankreichs nach „Sicherheit“ zu entsprechen, schlägt es eine sogenannte „Neutralisierung“ der Rheinlande vor. Das wäre also eine Lösung des besetzten Gebietes aus dem Verbanne Preußens und des Reiches. Das wäre die Errichtung eines neuen Rheinlandes unter Völkerbunds-, d. h. französischer Hegemonie. Zwar hat die französische Presse die englische Zumutung abgelehnt, die Rheinlandbesetzung aufzuheben. Aber in Frankreich ist man doch zu der Erkenntnis gelangt, daß es der Propaganda allein niemals gelingen wird, die deutschen Rheinländer zum Verrat am Vaterland zu bringen. Die französische Politik wird deshalb ernsthaft und endgültig vor die Wahl gestellt, die Befestigung zu opfern gegen einen „neutralen“ Rheinland, den in ein Basaltenverhältnis zu Frankreich zu bringen nicht schwer sein dürfte. Und — Deutschland wäre damit erlebigt, der Anfang vom Ende ist da. Die Pläne zur Abtrennung von Süddeutschland, besonders von Bayern, die Pläne zur Schaffung